

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
 Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
 Schriftleitung u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingstraße 16. Ruf 14 574 u. 21 206.
 Postfach-Ronto Dresden 2496 / Staatsbank-Ronto 674.



Anzeigenpreise: 22 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamazeile 1 RM.
 Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
 Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlplakate der Staatsschutzverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.
 Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Knauber in Dresden.

Nr. 57 Dresden, Dienstag, 8. März 1932

Vorbereitungen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.

Berlin, 7. März.
 Ein Berliner Abendblatt berichtet von einem umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, öffentlichen Aufträgen in Höhe von 1,2 Milliarden Mark und Beschäftigungsmöglichkeiten für 600 000 Arbeitslose. Die Arbeiten sollen nach dem 15. März befristet weitergeführt werden.

Von unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß es sich dabei zunächst um Vorbesprechungen und Referentenentwürfe handelt, an denen vier verschiedene Ressorts beteiligt sind. An den zuständigen Stellen ist man hienüt bemüht, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen, so daß es adrewhg erscheint, von einem neuen Programm zu sprechen. Die von dem Staat genannten Objekte sind zahlenmäßig noch nicht näher umrissen. Zutreffend ist, daß Reichsbahn, Reichspost, Straßenbauten, Wasserbauten und landwirtschaftliche Rekonstruktionen in den Kreis der Verhandlungen gezogen werden. Bei diesen genannten Objekten handelt es sich aber um diejenigen, die schon immer für eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung in Frage kamen. Die Hauptbeschäftigung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms besteht naturgemäß in den Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere deshalb, weil nach Auffassung unterrichteter Kreise keine neuen Steuern mehr erhoben werden können angesichts der Tatsache, daß das bisherige Steuersystem immer weiter rückläufig ist. Es ist anzunehmen, daß erst im Laufe der nächsten Woche positive Einzelheiten eines Arbeitsbeschaffungsprogramms festgelegt werden können.

Die neue Fassung der Heeresergänzungsbestimmungen.

Berlin, 8. März.
 Reichswehrminister Gromer hat nunmehr die neue Fassung zu den Heeresergänzungsbestimmungen veröffentlicht. Danach ist von der Werbung und Einweilung von Freiwilligen in die Reichswehr u. a.

ausgeschlossen, wer wegen Vergehens oder Verbrechens mit einer Freiheitsstrafe bestraft ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Strafe verhängt ist oder nicht. Ausgeschlossen ist ferner, wer sich verfassungseindlich betätigt hat, d. h. erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf eine Änderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Von Personen, die verfassungseindlichen Organisationen angehören, dürfen Auskünfte nicht eingeholt werden; auch Personen, die in sonstigen politischen Vereinen tütig sind, sollten, wenn sich ein Bewerber ausdrücklich auf sie berufen hat, nicht um Aufnahme in Betracht kommen.

Falsche Behauptungen über die Ermordung eines polnischen Lehrers in Allenstein.

Berlin, 7. März.
 Der Kurier „Iustromony Godyennij“ bringt die Nachricht aus Rom, daß in Allenstein der polnische Schullehrer Lang von Nationalsozialisten ermordet worden sei. Der Ermordete sei Organisator des Winderbeitenrichtens in Allenstein und Umgebung gewesen. Das Blatt fordert die polnischen Konsulate auf, die Angelegenheit vor den Völkerrbund zu bringen.
 Wie wir von zuständiger Seite dazu erfahren, haben die polizeilichen Ermittlungen folgendes ergeben:
 Der seit April 1931 in Pilsniten, Kreis Ortelsburg, an der dortigen polnischen Winderbeitenrichtens tätig gewesene Schullehrer Lang ist in seinem Beruf tot aufgefunden worden. Der Staatsanwalt hat die Leiche nach genauer ärztlicher Untersuchung freigegeben. Merkmale eines gewaltsamen Todes wurden nicht festgestellt. Lang lag in den letzten Tagen vor seinem Tode im bestigem Fieber und Atembeschwerden im Bett. Todesursache war vermutlich Lungen- und Nierenkrankheit. Lang war Angehöriger des polnischen Schulvereins für die Winderbeitenrichtens in Pilsniten, aber mit der Organisation des polnischen Winderbeitenrichtens in Obersprewen hatte er nichts zu tun. Schlägerelken hat es in der in Frage kommenden Zeit in Pilsniten nicht gegeben.

Kristide Briand †.

Paris, 7. März.
 Kristide Briand ist heute mittags um 1.30 Uhr französischer Zeit in seiner Wohnung in der Avenue Kleber gestorben.

Der Ministerrat, der, wie angekündigt, heute nachmittags unter dem Vorsitz Doumeres zusammentrat, beschloß im Einvernehmen mit den Angehörigen des Verstorbenen, Briand durch ein Staatsbegräbniß zu ehren. Die Herbestattung überreife Briands werden im nächsten Moment aufgegeben werden. Die Beisetzung wird voraussichtlich am Donnerstag erfolgen.

Wenige Wochen vor Vollendung seines 70. Lebensjahres — er war am 28. März 1862 in St. Nazaire geboren — ist Briand in Paris dem Leben erlegen, das ihn bereits im vergangenen Jahre wiederholt aus Krankenzug erliefen hatte. Als er im vorigen Sommer in Berlin weilte, hatte er sich von einem ersten schweren Anfall seines Herzleidens noch kaum erholt, und vor dem alten Fechter zuvor auf der Kammertribüne oder in der Völkerrundversammlung mit der ganzen Lebhaftigkeit seines geistlichen Temperaments als Redner gehdet hatte, erkrankte den stillen und gehobenen Kreis kaum wieder. Einmal hatte er die Würde des Ministerpräsidenten getragen, 20mal ein Ministerportefeuille innehatte, seit er im März 1906, in den Tagen des Kampfes um die Trennung von Staat und Kirche von Sarrien zum erstenmal als Unterrichtsminister in ein Kabinett berufen wurde. 1909 war er als Reichsminister unter Ministerpräsidenten geworden. In der Folge amtierte er unter Poincaré, Viviani und nach dem Krieg unter Doumeres, Poincaré und anderen. Bei Kriegsausbruch war er Justizminister, vom 29. Oktober 1918 bis 7. März 1919 selbst Ministerpräsident.

Seine Arbeit galt seit den Ostbertagen von 1925, in denen der Vertrag von Locarno geboren wurde, der Befriedigung Europas und vor allem der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Wenn auch Feiler und Wüßgriffe, Rückfälle in die Kriegesmentalität, Juridistwerden vor der Opposition der Rechten, die sich bei den komplizierten Mehrheitsverhältnissen der französischen Kammer immer wieder getrüben machen konnten, die Verantwortlichkeit dieser Wände getrübt haben, so sind doch alle die, die mit Briand persönlich in Berührung gekommen sind, die die suggestive Kraft

Das Beleid der Reichsregierung.

Paris, 7. März.
 Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. Jorjiet hat dem Generalkonsole am Canal d'Orsay Brielhol das Beleid der Reichsregierung zum Ableben Briands zum Ausdruck gebracht.
 Der Reichskanzler hat aus Anlaß des Ablebens Kristide Briands an den französischen Ministerpräsidenten Tardieu das folgende Beleidtelegramm gesandt:

„Mit tiefer Erschütterung empfangt ich heute die Trauennachricht vom Ableben Kristide Briands und beileide mich, im Namen der deutschen Regierung Ihnen und der französischen Regierung aufrichtiges Beileid zu dem schweren Verlust auszusprechen, der das ganze französische Volk betroffen hat. Neben der persönlichen Hochachtung, die ich für den großen Staatsmann empfinde, betrachte ich mit der deutschen Regierung in ihm den Mann, dessen Streben es war, die Verständigung zwischen unseren beiden Völkern zu fördern und der Idee des Friedens in der Welt zu dienen.“

Trauerkundgebung des Völkerrundes für Briand.

Genf, 7. März.
 In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Völkerrundversammlung machte der Vorsitzende humane Mitteilung von dem Tode Briands. In bewegten Worten würdigte er die Verdienste des Verstorbenen, der eine bewundernswerte Verdorperung des Ideals des Friedens gewesen sei. Der französische Delegierte Paul Boncourt als einer der engsten Mitarbeiter Briands sprach den Dank seiner Regierung aus für die Anteilnahme des Völkerrundes. Leider habe Briand den Erfolg seiner Anstrengungen um die Organisierung des Friedens nicht erlebt. Die Teilnehmer an der Völkerrundversammlung hatten sich während der beiden Anreden von ihren Sigen erhoben. Die Beratungen wurden auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur Ende Februar.

Über die Lage der Weltkonjunktur Ende Februar 1932 läßt das Berliner Institut für Konjunkturforschung auf Grund seiner Untersuchungen sein Urteil wie folgt zusammen:

Die Abschweifung der Weltwirtschaften im Kampf um ihre Binnermarken hat das Gewicht internationaler Handels- und Verkehrsbeziehungen in den letzten Monaten in starkem Umfang gesenkt. Der Welthandelsumsatz ist erneut stark zurückgegangen. Der internationale Fremdenverkehr und die Wanderbewegung kommen mehr und mehr zum Erliegen. Der Weltkreditverkehr ist nahezu völlig erstarbt; die Gläubigerländer waren weiterhin bestrbt, ihre Auslandskapitalien zurückzuziehen. Dieser Tendenz wurde zunehmend durch Rotatorien oder Stillhalteabkommen entgegengeulrt. In den meisten Wirtschaftsländern — vor allem in den Industrieländern — zeigte sich der Schrumpfungstendenz in Produktion, Umsätzen, Kaufkraft und Preisen zum Teil verhärtet fort. Nur in Großbritannien und in einigen überseeischen Wirtschaftsländern flaute der Rückgang hart ab oder kam völlig zum Stillstand. Damit zeigen sich erstmals seit Ende 1930 wieder Anzeichen einer konjunkturellen Differenzierung in der Weltwirtschaft. Die relative Besserung in einigen Wirtschaftsländern stand mit der Konsolidierungstendenz auf den Märkten der Legitim- und Rohstoffstoffe im Zusammenhang, eine Tendenz, die jedoch allein auf die Hoffnungen der Verbrauchsgüterindustrie beschränkt blieb. Durch weiteres Schwumpfen des Kreditvolumens in Folge Geldhortung und Depotienabhebung erhöhte sich der Druck auf Löhne, Preise und Kaufkraft. Diese Auswirkungen sowie vor allem auch die immer stärker anschwellende Welle von Insolvenzen als Folge des Defizitorabbaus läßt in großen Teilen der Weltwirtschaft mehr und mehr wirtschaftspolitische Tendenzen erkennen, die gegen

weitere Deflation gerichtet sind. In den Vereinigten Staaten soll weiteren verhängnisvollen Deflationseffekten nunmehr durch kreditpolitische Maßnahmen begegnet werden. Wenn es dieser Stützungsmaßnahme gelingt, die Kreditlücke zu beheben, so wird freilich infolge der noch weiter haufweisbaren Faktoren der Schrumpfungstendenz nur sehr langsam nachlassen. Obgleich neuerdings auch am englischen Geldmarkt eine merkliche Entlastung unverkennbar ist, so kann für die Weltwirtschaft als Ganzes bei der Ungleichheit der schwelenden politischen Probleme in den nächsten Wochen und Monaten ein entscheidender Lebensumschwung noch kaum erwartet werden.

Bzüglich der deutschen Konjunkturlage lautet das Urteil folgendermaßen: In Deutschland hält die Wirtschaftsschrumpfung an. Preise, Produktion und Umsatz sind weiter abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit ist Mitte Februar auf 6,13 Millionen angewachsen. Von der Gesamtzahl der Arbeiter und Angehörigen sind nur noch 70 v. S. beschäftigt. Das zur Ausnahme von Verbrauchsgütern verfügbare Einkommen zeigt keine Abwärtsbewegung fort. Die Not und wohl auch die Unsicherheit über die künftige Entwicklung zwingen zum Einlass von Exportwaren für den laufenden Konsum. Der Absatz der Verbrauchsgüterindustrie wird dadurch etwas gestützt. Der Absatz der Produktionsgüterindustrie unterliegt demgegenüber einem verhärteten Druck. Die heimische Investitionstätigkeit dürfte sich, obwohl nicht mehr weit von der Nulllinie entfernt, weiter vermindern. Die Galt von Reich, Ländern und Gemeinden stehen unter dem Einfluß dieser Entwicklung. Die Sozialausgaben haben die Tendenz, weiter zu steigen, indes die Steuereinnahmen spärlicher fließen. Der Ausgleich wird um so schwieriger, als sich erweist, daß eine Heranzugung der Steuer-

jüge das Steueraufkommen kaum noch erhöht. Auch der währungs- und geldpolitische Wirtschaft, in den die Weltwirtschaft hineingeraten ist, macht sie je länger desto härter zum Nachteil der deutschen Wirtschaft geltend. Die Ausfuhr hat sprunghaft abgenommen. Deutlich wird auch erkennbar, wie hart sich die Wettbewerbsverhältnisse durch die Abwehr Englands vom Goldstandard zu unseren Ungunsten verschoben haben. Bei im ganzen abnehmenden Exportumsätzen vermag sich der Anteil Englands besser zu halten als der Deutschlands. Für eine Reihe fertiger und halbfertiger Verbrauchsgüter bezeichnet Deutschland sogar steigende Einfuhr bei sinkender Ausfuhr. Der Devisenmarkt wird dadurch erneut belastet, die Bewegungsfreiheit der Reichsbank eingeengt. Eine etwaige Auflockerung der Kreditmärkte, für die durch das Vorgehen der angelsächsischen Notenbanken gewisse Voraussetzungen geschaffen sind, wird so in enge Schranken gebannt. Die nächsten Monate werden mit dem Saisonumschwung möglicherweise gewisse Entlastungstendenzen für die Konjunktur an sich abwärts gerichtete Wirtschaft mit sich bringen.

Der Messe-Montag.

Leipzig, 7. März.
 Die eindringlichen Worte des Direktors des Leipziger Messens, Dr. Köhler, die er auf dem gestrigen Presseabend gesprochen hat, daß gewisse Gefahren die Augen der gesamten deutschen Industrie und von mehr als sechs Millionen Arbeitslosen heute auf Leipzig gerichtet seien und daß der wirtschaftliche Begriff „Mitteleuropa“, der sich sogar während des Krieges noch erhalten habe, heute Gefahr laufe, durch die Exportschwächen verloren zu gehen, werden heute an allen Messenden lebhaft erörtert. Angesichts der Gefahr, daß bei einer weiteren Abschließung des deutschen Exports die Zahl der Arbeitslosen noch um weitere 1,5 Millionen steigen könnte, empfindet man es allgemein, daß wir an einem Wendepunkt der deut-

lichen Wirtschaft leben und daß für die Zukunft unseres Exportes, auf den Deutschlands Wirtschaft nun einmal angewiesen bleibt, sehr viel von dem Verhalten der ausländischen Käufer der Frühjahrsmesse abhängt. Ihre Zahl wird vom Messen nach den Berichten der Auslandsvertreter und nach der Bahnstatistik auf rund 18 000 berechnet. Soweit in den Branchen, Messhaltern und auf dem technischen Gelände schon ernsthafte Verkaufsverhandlungen begonnen haben, kommen vorwiegend die Länder in Betracht, die wie Amerika, Spanien, Italien und die süd- und osteuropäischen Staaten bei ihrer Währung geblieben sind und der deutschen Einfuhr keine besonderen Schwierigkeiten machen. Sehr schwierig gehalten sich die Verhandlungen mit der britischen Zahlreicher als erwartet ersehnenen Kundtschaft aus England und den englischen Kolonien. Soweit möglich, sucht man auf eine Zahlung in Mark abzustimmen. Abschlüsse auf länger als zwei Monate Lieferung werden vielfach abgelehnt. Wie sich das vom Messen erzielte Abrechnungsverfahren über einen Clearingverkehr mit Österreich und der Tschechoslowakei für Messgeschäfte bemähren wird, läßt sich noch nicht sagen. Im Bezirk der Messhäuser ist der noch am Montag oft festzuhaltende Rückschlag gegen den lebhaftesten Sonntagvertrieb eigentlich nirgends zu beobachten. Nach wie vor gilt der Verkauf der Kundtschaft vornehmlich der Branchen, die dem notwendigen Lebensbedarfs bedürftigen. Daneben macht allerdings der allgemeine Preisrückgang auf die meisten Waren keinen das Interesse belebenden Eindruck. Um noch diesen Preisrückgang zu erreichen, sind allerdings auch alle technischen Möglichkeiten ausgenutzt worden, um trotzdem noch Qualitätsmaxen zu bieten. Versuche ausländischer Einkäufer, diese herabgesetzten Preise noch weiter zu drücken, werden ziemlich einmütig abgelehnt. Die gut besuchte Kleinliebungssteganung auf der Technischen Messe erfreut sich lebhaften Aufwuchs seitens des Publikums. Das Interesse der Behörden und vieler kommunaler Vertreter gilt besonders den neuartigen Bauweisen für Siedlungsbauten und für die Unterhaltung alter Großwohnungen.